

Regierungsratsbeschluss

vom 23. März 2021

Nr. 2021/428

Vernehmlassung zur Änderung des Militärstrafgesetzes (Übertragung einzelner Aufgaben/Zuständigkeiten der Militärjustiz an die zivilen Justizbehörden) Schreiben an das Eidgenössische Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport

1. Erwägungen

Die Staatskanzlei unterbreitet dem Regierungsrat das Schreiben an das Eidgenössische Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport betreffend Vernehmlassung zur Änderung des Militärstrafgesetzes (Übertragung einzelner Aufgaben und Zuständigkeiten der Militärjustiz an die zivilen Justizbehörden) zur Beratung und Beschlussfassung.

2. Beschluss

Auf Antrag der Staatskanzlei wird das Schreiben an das Eidgenössische Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport betreffend Vernehmlassung zur Änderung des Militärstrafgesetzes (Übertragung einzelner Aufgaben und Zuständigkeiten der Militärjustiz an die zivilen Justizbehörden) beschlossen.



Andreas Eng
Staatsschreiber

Beilage

Schreiben an das Eidgenössische Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport vom 23. März 2021

Verteiler

Staatskanzlei

Staatskanzlei, Legistik und Justiz (3)

Obergericht

Staatsanwaltschaft

Gerichtskonferenz, p. Adr. Ueli Kölliker, Amtsgerichtspräsident Bucheggberg-Wasseramt, Amtshaus 1

Amt für Militär und Bevölkerungsschutz

Medien (elektronischer Versand durch STK Kommunikation)